

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Angriff auf Alexej Nawalny erfordert Konsequenzen – Moratorium für Weiterbau von Nord Stream 2 umgehend erlassen!

I) Die von der Bundesregierung öffentlich gemachten neuesten Erkenntnisse über die Vergiftung Alexej Nawalyns sind bestürzend. Sie erfordern eine deutliche diplomatische Antwort auf internationaler Ebene. Es ist deshalb richtig, dass Deutschland mit den Partnern in der Europäischen Union und NATO spricht. Dieser Schritt allein ist aber nicht ausreichend. Die Fraktion der Freien Demokraten fordert Bundesaußenminister Heiko Maas auf, den Fall Nawalny umgehend auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen, des Europarats und der OSZE zu setzen. Es ist dringend erforderlich, dass Russland auf allen diplomatischen Ebenen und in allen internationalen Organisationen mit dem Fall Nawalny konfrontiert wird.

II) Gleichzeitig ist insbesondere die Bundesregierung in der Pflicht, ein klares Signal an Russland zu senden. Die Fraktion der Freien Demokraten hat stets betont, dass wir sehr an einem politischen Dialog und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Russland interessiert sind. Doch klar ist: Nach der Vergiftung von Alexej Nawalny kann es kein einfaches ‚Weiter so‘ geben. Die Fraktion der Freien Demokraten setzt sich mit Nachdruck für eine lückenlose Aufklärung des Anschlags auf Nawalny ein. Die russische Regierung muss umgehend unabhängige und umfassende Ermittlungen gewährleisten. Sollte dies nicht der Fall sein, muss die Bundesregierung gemeinsam mit den europäischen Partnern gezielte personenbezogene Sanktionen verhängen. Die Fraktion der Freien Demokraten erwartet von der Bundesregierung darüber hinaus, das Projekt Nord Stream 2 ebenfalls auf den Prüfstand zu stellen. Wir fordern deshalb ein sofortiges Moratorium für den Weiterbau des gemeinsamen Pipelineprojekts mit Russland.

III) Die Vergiftung politischer Gegner ist eine massive Grenzüberschreitung, die Deutschland und die europäischen Partner nicht hinnehmen dürfen. Der Fall Nawalny zeigt deutlich, dass russische Dissidenten in Putins Russland nicht sicher sind. Die Bundesregierung sollte deshalb ihre Bereitschaft erklären, von politischer Verfolgung betroffenen russischen Dissidenten Asyl anzubieten.

The background of the page is decorated with numerous yellow triangles of varying sizes and orientations, scattered across the white space. The triangles are most densely clustered in the lower-left and lower-right areas, with some isolated triangles in the upper-right.

Ansprechpartner:
Alexander Graf Lambsdorff MdB, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzender
Telefon: 030 227 - 78360 – E-Mail: alexander.graflambsdorff@bundestag.de